

AUSSPRACHE

Offene Fragen zur Wirtschaftspolitik

Karl Pottmann hat im Juliheft dieser Zeitschrift eine kritische Untersuchung der wirklichen Erfolge unseres Wirtschaftswunders versucht. Er kommt dabei zu Schlußfolgerungen, die aus gewerkschaftlicher Sicht durchaus Zustimmung verdienen. Vor allem kann seine Forderung nach stärkerem und gezielterem Einfluß der Gewerkschaften auf die allgemeine Wirtschaftspolitik nicht stark genug unterstrichen werden.

Zu Beginn seiner Analyse zeigt Pottmann einige den Erfolg unserer Wirtschaft seit 1948 bewirkende Faktoren auf. Da mir die Gewichte hierbei sehr ungleich verteilt erscheinen, seien mir einige kritische Ergänzungen dazu gestattet.

Pottmann führt als entscheidendste Ursache des Wirtschaftsaufschwungs der Bundesrepublik das freigesetzte Profitstreben der einzelnen Unternehmer an. Diesem Faktor sind nach seiner Meinung alle anderen Faktoren nachzuordnen. Als Beispiel stellt Pottmann vor allem die Landwirtschaft heraus, bei der seiner Ansicht nach die Aussicht auf materiellen Erfolg allein eine Produktivitätssteigerung herbeigeführt hat, die vorher nicht für möglich gehalten wurde. Ich glaube nicht, daß dieses Beispiel glücklich gewählt ist. Gerade in der Landwirtschaft unterliegen die Preise weder auf der Verkaufsseite noch auf der Einkaufs-

seite der Einflußnahme der bäuerlichen Unternehmer.

Von freier Marktwirtschaft kann in keiner Sparte des Agrarsektors die Rede sein. Dieser Tatsache steht auch nicht entgegen, daß den bäuerlichen Betrieben seit 1948 beachtliche Gewinne zugeflossen sind. Diese Gewinne wurden durch die Preisgestaltung des Ernährungsministeriums ermöglicht. Wie sehr anders stände es um unsere Landwirtschaft, wenn wir nicht seit 1948 für die hauptsächlichsten Agrarerzeugnisse mengenmäßig gebundene Einfuhrkontingente hätten. Ohne diese Abschirmung der Landwirtschaft vor preiswerteren Importen hätte alle sogenannte Unternehmerinitiative nie den heutigen Wohlstand der Landwirtschaft zuwege gebracht.

So wenig wie das Beispiel der Landwirtschaft die Ausführungen Pottmanns erhärtet, sowenig können auch die von ihm gebrachten Vergleiche mit dem Wohlstandsstandard der skandinavischen oder der englischen Volkswirtschaft überzeugen. Pottmann vergleicht lediglich die Zunahme der Wachstumsraten an Wohlstand. Dabei wird übersehen, daß wir 1948 bei dem Ausgangspunkt Null begannen, während zum Beispiel in Schweden um diese Zeit bereits ein sehr beachtlicher Wohlstand herrschte. Es ist eine mathematische Selbstverständlichkeit, daß die relativen Wachstumsraten, von einer ungleich tieferen Basis ausgehend, sehr leicht höher sind als die von einer sehr viel höheren Basis ausgehenden. Auch in der Bundesrepublik haben in den letzten Jahren die relativen Wachstumsraten ihre Zunahme verringert, ohne daß dadurch auf eine

Wohlstandsminderung geschlossen werden kann. Zugegeben, daß ein effektiver Vergleich des in zwei Volkswirtschaften erreichten Lebensstandards durch zahlreiche Imponderabilien kaum durchführbar erscheint. Aber der Versuch eines solchen Vergleichs könnte vielleicht als Gradmesser des Erfolgs verschiedener Wirtschaftssysteme Geltung haben. Niemals aber kann man den Erfolg bzw. Mißerfolg unterschiedlicher Wirtschaftssysteme allein an der Höhe der relativen Wachstumsraten in den beiden Volkswirtschaften ablesen. Die gleichen Einwendungen gelten für den Vergleich Pottmanns mit der englischen Volkswirtschaft, wobei noch zu bemerken ist, daß es überhaupt sehr fragwürdig erscheint, ob es richtig ist, die englische Volkswirtschaft als eine „einem freiheitlichen Sozialismus zuneigende“ zu bezeichnen.

Ist somit die „Analyse“ Pottmanns schwerwiegenden Einwänden ausgesetzt, so verdienen, dessenungeachtet, seine Schlußfolgerungen Zustimmung. Nach wie vor müssen die Gewerkschaften es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, die Verteilung der Einkommen und der Vermögenszuwächse zugunsten der Arbeitnehmerschaft zu verändern.

Elisabeth Proeller, Hamburg

Arbeiter und Bauern

Im Heft Nr. 7/59 ist ein Aufsatz von *Peter Petersen* über „Arbeiter und Bauern“ erschienen. Hierzu würde ich gern wie folgt Stellung nehmen:

Dem Verfasser schwebt vor, eine „geistige Symbiose zwischen Arbeitertum und Bauerntum“ zu finden, welche die Zusammenarbeit zwischen „bäuerlichen Verbänden und Gewerkschaften“ fruchtbar beeinflussen soll. Ziel dieser Zusammenarbeit sollte dann die Schaffung eines „zweisdienständischen Sozial- und Wirtschaftsprogrammes“ sein.

Leider wird dieses Sozial- und Wirtschaftsprogramm in den weiteren Ausführungen nirgendwo konkret umrissen. Ebenso wenig findet sich ein Kommentar dazu, was sich der Verfasser unter einem „zweisdienständischen“ Programm vorstellt. Diese nur programmatisch angedeuteten „Kapitelüberschriften“ machen es schwierig, sich mit dem Gedankengut des Verfassers objektiv auseinanderzusetzen.

Es steht außerhalb jedes Zweifels, daß Peter Petersen bei seiner Suche nach einer neuen Sozialordnung auf dem Lande von echter Sorge um den Fortbestand eines wirklichen Bauerntums erfüllt ist. (Das auf dem eigenen Hof des Verfassers durchgeführte „Anbauernsystem“ beweist überzeugend, wie sehr ihm die Sache am Herzen liegt.) Nur ist es sehr fraglich, ob Petersen sich bei seinen Bemühungen auf einem gangbaren Weg befindet. Aus der Fülle der

Zweifel sollen hier nur zwei der schwerwiegendsten Einwendungen herausgestellt werden:

1. Der Verfasser sähe in der Durchführung seines „zweisdienständischen Programms“ eine erfreuliche Fortsetzung der „einmütigen Annahme der Grünen Pläne im Parlament“. Leider fand diese „einmütige Annahme“ im Deutschen Bauernverband nur sehr wenig Echo. Hier stand und steht man dem in den Grünen Plänen zaghaft angedeuteten Reformwerk mißtrauisch bzw. ablehnend gegenüber. Von dieser Seite wurden bisher „Reformen“ nur dann begrüßt, wenn sie sich in Form von Subventionen zeigten, im übrigen aber alles beim alten ließen. Und auch wenn man dem bei Petersen angedeuteten Gedanken, daß die deutschen Bauern „notfalls“ ohne ihren Verband handeln müßten, folgt, bleiben berechtigte Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der Bauern den Gedankengängen Petersens näher stünde als ihr Verband. Vorerst scheint Peter Petersen jedenfalls innerhalb Westdeutschlands Bauernschaft ein einsamer Rufer in der Wüste zu sein.

2. Während unter 1. lediglich auf die Schwierigkeiten auf Grund der Einstellung der westdeutschen Bauernschaft hingewiesen wurde, ist der zweite Einwand von grundsätzlicher Art. Die Tatsache, daß der Verfasser selbst über sein „zweisdienständisches Programm“ nur wenig aussagt, zeigt schon die Schwierigkeiten des Einarbeitens eines solchen Programms in die hochindustrielle Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Zwischen welchen Ständen soll denn dieses Programm stehen? Und gegen wen? Nach den etwas vagen Andeutungen des Verfassers in jedem Falle jenseits von „westlichem Liberalismus“ und „östlichem Kollektivismus“. Aber damit allein ist wenig gesagt. Fast scheint es, als ob Petersen auf dem Agrarsektor ähnlich verschwommen romantischen Vorstellungen nachhängt, wie sie etwa dem „mittelständischen Kapitalismus“ von Professor *Röpke* zu eigen sind. Es ist hier nicht der Ort, über den „sittlichen“ oder „kulturellen“ Wert dieser Gesellschaftsvorstellung zu diskutieren. An der Schwelle einer neuen industriellen Revolution ist für eine Durchführung dieser Gedankengänge jedenfalls kein Raum mehr. Oder man schafft künstliche Institutionen, die zugunsten von nicht recht faßbaren Wertvorstellungen der Allgemeinheit — und damit der Arbeiterschaft, denn die trägt die Allgemeinheit — laufende Opfer auferlegt. Unsere hochindustrialisierte Wirtschaft erfordert auch gegenüber der Landwirtschaft ein industrielles Denken. Auch Roggen und Weizen sind dort zu produzieren, wo sie mit den relativ geringsten Kosten erzeugt werden können. Jeder andere Versuch führt auf die Dauer zu einer ständigen Subvention verträumter „Blut- und Bodenromantik“ oder zu einem ebenso unerwünschten Autarkiestreben.

Herbert Borreck, Wilhelmshaven

Sackgassenseuche

Nicht nur eine Sprachglosse

Sprachbilder, gern Metaphern genannt, haben es in sich — manchmal so sehr, daß man außer sich gerät, faßt man sie nicht im bildhaften, sondern im wörtlichen Sinne auf. Da geht eben ein Bazillus um, der zu einer Seuche zu führen droht: Überall wittert man „Sackgassen“. Man meint mit ihnen einen ausweglosen Zustand. Dabei ist in einer Sackgasse der Ausweg genau nur eine Straßenbiegung zurück und hat dann die Wahl der Richtung wieder frei. Man wird sich aber gerade in der Politik dreimal überlegen müssen, ob und wann es notwendig ist, auf den Rückwärtsgang zu schalten. Sehr überzeugen wird er nie.

Auf solche Gedanken kommt man, wenn man liest, wie ein Autor ein ganzes Buch zu der Entdeckung braucht, die Gewerkschaften seien in der Sackgasse. Glaubte man ihm, so wäre die Folge: Rückwärts, rückwärts! Nun, es gibt auch andere Leute, die den Gewerkschaften einen Rückwärtkurs wünschen. Nur ist das Buch von einem Mann geschrieben, der sich mehr als ein halbes Dutzend Jahre darum bemüht hat, bei der Fahrt in die „Sackgasse“ so dicht als möglich neben dem Führersitz zu thronen, um schließlich zu entdecken, wie schlimm das ist und wie man in anderen Gassen seinen Sack besser füllen kann — aber da sind wir schon wieder in der Bildersprache! Nun, wir haben damit nicht angefangen.

Ein zweites Beispiel: Die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* bringen einen Aufsatz, der — so steht es im Titel — „die Sackgasse der europäischen Integration“ entdeckt¹⁾. Treffend werden hier die Schwierigkeiten der europäischen Integration aufgezeigt, um ein Groß-Europa mit einem allgemeinen Abbau der Handelsschranken

zu fordern. Das Wunschbild in allen Ehren — wer teilte es nicht? Doch berechtigt es wohl doch nicht zu der Auffassung, daß die kleinere Einheit abgelehnt werden soll, weil heute noch eine Reihe europäischer Staaten gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Bedenken hat. Vielleicht bringt die Gründung einer Freihandelszone von sieben der nicht zur EWG gehörigen Staaten uns da einer Klärung der Meinungsverschiedenheiten näher. Immerhin sind alle großen Bewegungen aus kleinen Zellen entstanden. Wie wäre etwa der deutsche Bundesstaat oder der nordamerikanische Staatenbund gedeihen, wenn man nach den ersten Fehlschlägen gleich den Rückwärtsgang geschaltet hätte? Die Gewerkschaften jedenfalls wären eine kleine Sekte geblieben, wenn sie in ihren Anfängen an dem Auseinanderlaufen ihrer Mitglieder nach verlorenen, manchmal sogar nach gewonnenen Streiks die Durchschlagskraft ihrer Bewegung gemessen hätten. Dazu nur so viel. Aber bitte: Wieso Sackgasse in der Europafrage? Soll es nun schon wieder rückwärts gehen — in der Politik nennt man das Reaktion — und wenn, wie weit? Etwa bis zur Aufsplitterung und Zerschlagung der einander zustrebenden Kräfte, bis zur alten Rivalität der Staaten und Staatengruppen, bis zu neuen Ausbrüchen der Interessengegensätze, die sich dann zu feindlichen Blocks formieren? Das Sprachbild sagt ja, wörtlich genommen, daß es kein Vorwärts gibt oder geben soll. Sich damit abfinden, hieße, in den gewiß nicht beseligenden Zustand zurückzufallen, bei dem eine überholte, äußere Ordnung entgegen den aufstrebenden Kräften einer neuen Zeit mit Zwang aufrechterhalten wurde. So etwas hatten wir schon in der Periode der Heiligen Allianz, die sich dem Freiheitswillen der Völker nach 1815 widersetzte. Ihr Stichwort war: „Europa hat Ruhe.“ Wollen wir ihm heute wieder einen guten Schlaf wünschen?

Franz Tuschek

1) Vgl. GM 1959, Heft 5, S. 284.